

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
Vorwort . . . . .		V
Vorwort zur ersten Auflage . . . . .		VI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .		XVIII
Zur Arbeit mit diesem Buch . . . . .		XXII

## Erster Teil

### Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen – Staatszielbestimmungen

<b>§ 1 Grundlagen: Staat und Verfassung – das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
I. Staat und Staatsrecht . . . . .	1	1
1. Der Staat als Gegenstand des Staatsrechts . . . . .	1	1
2. Die drei Elemente des Staatsbegriffs . . . . .	2	1
a) Staatsgebiet und Staatsvolk . . . . .	3	1
b) Die Staatsgewalt im Verfassungsstaat . . . . .	5	2
c) Die Staatsgewalt im Bundesstaat . . . . .	7	3
3. Staatlichkeit, Souveränität und Europäische Union . . . .	8	3
II. Das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	11	5
1. Tragende Grundsätze: Art. 1 und Art. 20 GG . . . . .	11	5
2. Das Grundgesetz als Verfassung im formellen und materiellen Sinn . . . . .	14	6
3. „Pouvoir constituant“, „pouvoir constitué“ und europäische Verfassung . . . . .	16	7
Exkurs: Deutsche Einigung, gesamtdeutsche Verfassung und Verfassungsreferendum . . . . .	18	8
4. Landesverfassungen im Bundesstaat . . . . .	19	8
III. Zur Verfassungsinterpretation . . . . .	20	9
 <b>§ 2 Staatsvolk und Staatsgewalt: die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes . . . . .</b>	 <b>23</b>	 <b>10</b>
I. Staatsgewalt in demokratischer Legitimation – parlamentarische Demokratie . . . . .	24	11
1. Demokratische Legitimation der staatlichen Gewalt . . .	24	11

VII

II. Parlamentarische Demokratie –		
Funktionen des Parlaments . . . . .	31	13
1. Funktionen des Parlaments – Überblick . . . . .	33	14
2. Insbesondere: Budgetrecht und Währungskrise . . . . .	34	15
3. Parlamentsvorbehalte . . . . .	36	16
III. Zwischen Staat und Gesellschaft: die politischen		
Parteien in der parlamentarischen Demokratie		
des Grundgesetzes . . . . .	44	20
1. Politische Parteien zwischen Staat und Gesellschaft –		
Funktion und Begriff . . . . .	46	21
2. Freiheit und Gleichheit – verfassungsmäßige Rechte		
der Parteien . . . . .	50	23
3. Verfassungsfeindliche Parteien, Parteienprivileg		
und Parteiverbot . . . . .	54	24
4. Zwischen Freiheit und Chancengleichheit:		
Parteienfinanzierung und Verfassungsrecht . . . . .	57	26
5. Demokratische Binnenstruktur . . . . .	60	27
6. Politische Parteien im Verfassungsprozess . . . . .	61	28
IV. Staatsbürgerliche Gleichheit und Chancengleichheit:		
Legitimation durch Wahlen – verfassungsrechtliche		
Anforderungen an das Wahlrecht . . . . .	66	30
1. Verfassungsrechtliche Grundnorm:		
Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .	69	31
2. Allgemeine, unmittelbare, freie und geheime Wahlen –		
Öffentlichkeit der Wahl . . . . .	74	33
a) Allgemeinheit der Wahl . . . . .	74	33
b) Unmittelbare, freie und geheime Wahlen –		
Öffentlichkeit der Wahl . . . . .	77	34
3. Insbesondere: Gleichheit der Wahl und Wahlsystem . .	80	35
a) Zählwert- und Erfolgswertgleichheit . . . . .	80	35
b) Das Prinzip der personalisierten Verhältniswahl:		
Wahlsystem und Wahlverfahren . . . . .	82	36
4. Verfassungsfragen des geltenden Wahlrechts . . . . .	88	38
a) Negatives Stimmgewicht . . . . .	88	38
b) Sperrklauseln . . . . .	90	39
c) Grundmandatsklausel, Überhangmandate		
und Wahlrechtsgleichheit . . . . .	92	40
5. Wahlprüfungsverfahren . . . . .	96	41
6. Nach der Wahl: Fraktions- und Regierungsbildung		
(Überblick) . . . . .	99	43
V. „Wahlen und Abstimmungen“ – direkte Demokratie . . .	103	46
1. Direkte Demokratie – Offenheit des Grundgesetzes . .	105	46
a) Instrumente direkter Demokratie . . . . .	105	46

b) Offenheit des Grundgesetzes – Kriterien einer Verfassungsänderung . . . . .	106	47
c) Art. 146 GG . . . . .	108	48
2. Direkte Demokratie in den Ländern . . . . .	109	48
a) Verfassungsautonomie der Länder . . . . .	109	48
b) Gemeinsamkeiten und aktuelle Verfassungskonflikte . . . . .	110	49
VI. Demokratieprinzip und Europäische Integration . . . . .	117	52
1. Demokratische Legitimation der EU – Demokratiedefizit? . . . . .	118	52
a) Das Konzept der „doppelten“ Legitimation . . . . .	118	52
b) Strukturelles Demokratiedefizit . . . . .	119	53
2. Grenzen der Integrationsermächtigung . . . . .	121	54
a) Begrenzte Einzelermächtigung – keine „Kompetenz-Kompetenz“ . . . . .	121	54
b) Staatlichkeit und Verfassungsidentität als Schranke der Integration . . . . .	122	54
c) Verfassungsgerichtliche Kontrolle . . . . .	124	55
3. Integrationsverantwortung des Bundestags . . . . .	125	55
 <b>§ 3 Der Rechtsstaat des Grundgesetzes (I): Das Gesetz als die zentrale Handlungsform des demokratischen Rechtsstaates . . . . .</b>	 131	 59
I. Grundlagen der rechtsstaatlichen Ordnung – Rechtsstaat und Gesetz . . . . .	131	59
1. Der materielle Rechtsstaat des Grundgesetzes . . . . .	131	59
2. Funktionen des Gesetzes – Rechtssicherheit und demokratische Legitimation . . . . .	134	61
II. Gesetzesbegriff des Grundgesetzes – Gesetz und Verfassung . . . . .	136	62
1. Formeller Gesetzesbegriff des Grundgesetzes . . . . .	137	62
a) Gesetz im Sinn des Grundgesetzes – Definition . . . . .	137	62
b) Einzelfallgesetze . . . . .	141	63
2. Gesetzgebung in verfassungsrechtlicher Gebundenheit – Gesetzesprüfung . . . . .	144	64
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	150	66
1. Systematik der Kompetenzverteilung – Grundregel des Art. 70 GG . . . . .	155	67
2. Feststellung des einschlägigen Kompetenztitels . . . . .	162	69
a) Auslegung der Kompetenznormen . . . . .	163	69
b) Kompetenzmäßige Zuordnung: Subsumtion des Gesetzes unter die Kompetenznorm . . . . .	170	71
c) Zuständigkeitskataloge und ungeschriebene Bundeskompetenzen . . . . .	174	72

3. Voraussetzungen der Kompetenzausübung –		
Art. 71, 72 GG . . . . .	179	74
a) Ausschließliche Bundeszuständigkeit, Art. 71 GG . . . . .	179	74
b) Konkurrierende Zuständigkeit, Art. 72 GG . . . . .	180	74
4. Zum Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht,		
Art. 31 GG . . . . .	191	78
Anhang: Prüfungsschema Gesetzgebungszuständigkeit . . . . .	194	79
IV. Verfahren der Bundesgesetzgebung . . . . .	202	83
1. Gesetzesinitiative . . . . .	204	84
a) Initiativrecht . . . . .	204	84
b) Zur weiteren Behandlung der Gesetzesinitiative . . . . .	206	85
c) „Outsourcing“ und Kooperation – aktuelle Probleme der parlamentarischen Gesetzgebung . . . . .	211	87
2. Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat . . . . .	212	88
a) Gesetzesbeschluss des Bundestags . . . . .	212	88
b) Beteiligung des Bundesrats . . . . .	215	89
c) Zustandekommen eines Gesetzes . . . . .	223	92
3. Ausfertigung und Verkündung:		
das Abschlussverfahren . . . . .	226	93
4. Verfahren der Verfassungsänderung . . . . .	231	95
a) Formelle Voraussetzungen . . . . .	231	95
b) Materielle Voraussetzungen . . . . .	232	96
V. Landesgesetzgebung . . . . .	233	97
VI. Europäisches Recht in der Rechtsordnung		
des Grundgesetzes: Unionsrecht und EMRK . . . . .	250	100
1. Rechtsquellen des Unionsrechts . . . . .	251	101
2. Unionsrecht und Grundgesetz – EuGH und BVerfG . . . . .	254	102
a) Vorrang des Unionsrechts – Identität des Grundgesetzes . . . . .	254	102
b) Identitätskontrolle und ultra-vires-Kontrolle durch das BVerfG . . . . .	256	103
c) Zum Rangverhältnis der Normen – Kollisionslagen und ihre Auflösung . . . . .	257	104
3. Gesetzgebungszuständigkeiten und EU-Recht . . . . .	269	107
4. Grundgesetz und EMRK . . . . .	272	109
<b>§ 4 Der Rechtsstaat des Grundgesetzes (II):</b>		
<b>Gewaltenteilung – rechtsstaatliche Grundsätze . . . . .</b>	<b>276</b>	<b>111</b>
I. Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung:		
Gewaltenteilung . . . . .	276	111
1. Gewaltenteilung im Grundgesetz: Legislative, Exekutive, Judikative . . . . .	277	112
a) Gewaltenteilung: Begriff und Bedeutung . . . . .	280	112

b) Legislative und Exekutive . . . . .	281	113
c) Judikative . . . . .	284	114
2. Gewaltenteilung: Gesetzmäßigkeit der Verwaltung –		
Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	289	116
a) Vorrang des Gesetzes . . . . .	294	118
b) Vorbehalt des Gesetzes für Eingriffsakte . . . . .	296	119
c) Insbesondere: Gesetzesvorbehalt für staatliche		
Informationstätigkeit . . . . .	302	120
d) Gesetzesvorbehalt und Leistungsverwaltung . . . . .	307	122
e) Wesentlichkeitsvorbehalte . . . . .	312	123
f) Insbesondere: Gesetzesvorbehalt und „besonderes		
Gewaltverhältnis“ . . . . .	316	125
g) Zum Einfluss des Europarechts – Rückforderung		
gemeinschafts-rechtswidriger (unionsrechtswidriger)		
Subventionen . . . . .	319	126
3. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Gewaltenteilung		
und exekutive Normsetzung . . . . .	327	130
a) Rechtsverordnungen . . . . .	328	130
b) Satzungen . . . . .	342	135
c) Verwaltungsvorschriften, Gesetzmäßigkeit		
der Verwaltung und Gewaltenteilung . . . . .	347	138
II. Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit . . . . .	353	141
1. Grundsätzliche Bedeutung . . . . .	353	141
2. Insbesondere: Rechtsklarheit . . . . .	354	142
a) Klarheit und Bestimmtheit der Norm . . . . .	355	142
b) Klarheit und Widerspruchsfreiheit		
der Rechtsordnung . . . . .	361	144
3. Rechtssicherheit – Rückwirkungsverbot		
und Vertrauensschutz . . . . .	364	145
a) Das Problem . . . . .	368	146
b) Verbot rückwirkender Strafgesetze:		
Art. 103 Abs. 2 GG . . . . .	369	146
c) IÜ: Rechtsstaatliches Rückwirkungsverbot . . . . .	374	148
d) Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungs-		
verbots? . . . . .	385	152
e) Europäisches Recht . . . . .	390	153
III. Rechtsstaat und Übermaßverbot . . . . .	396	156
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen und Inhalte		
des Übermaßverbots Verhältnismäßigkeitsprinzips . . . . .	397	156
a) Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns		
als rechtsstaatlicher Grundsatz . . . . .	397	156
b) Die Elemente des Verhältnismäßigkeitsgebots:		
Legitimer Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit,		
Angemessenheit . . . . .	399	157

2. Geltungsbereich und Anwendung		
des Übermaßverbots . . . . .	400	158
a) Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als Bindungsadressaten . . . . .	400	158
b) Anwendung des Übermaßverbots: legitimes Handlungsziel . . . . .	402	159
c) Anwendung des Übermaßverbots: Geeignetheit und Erforderlichkeit . . . . .	404	160
d) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn . . . . .	406	160
e) Geltung zwischen Hoheitsträgern? . . . . .	411	162
f) Europäisches Recht . . . . .	412	162
IV. Justizgewähr, Rechtsschutz und gerichtliches Verfahren:		
Der Schutz der Rechtsstaatlichkeit . . . . .	414	164
1. Rechtsschutzgarantie und Justizgewährungsanspruch . . . . .	414	164
a) Der grundgesetzliche Anspruch auf Rechtsschutz . . . . .	416	165
b) Voraussetzungen und Tragweite der Rechtsschutzgarantie . . . . .	419	166
2. Gerichtsorganisation . . . . .	425	169
a) Gewährleistung der fachlich gegliederten Gerichtsbarkeit und eines Instanzenzugs? . . . . .	427	170
b) Das Recht auf den gesetzlichen Richter . . . . .	429	170
3. Gerichtliches Verfahren und Grundgesetz . . . . .	434	172
a) Das Recht auf Gehör . . . . .	435	173
b) Rechtsstaatlichkeit und „Fairness“ des Verfahrens, insbesondere im Strafprozess . . . . .	437	174
V. Das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG . . . . .	440	175
<b>§ 5 Das bundesstaatliche Prinzip des Grundgesetzes . . . . .</b>	<b>442</b>	<b>176</b>
I. Grundlagen . . . . .	442	176
1. Geschichtlich . . . . .	445	177
2. Der Bundesstaatsbegriff des Grundgesetzes . . . . .	447	178
a) Staatlichkeit von Bund und Ländern . . . . .	448	178
b) Bundesstaatliche Kompetenzordnung – unitarischer Bundesstaat oder Wettbewerbsföderalismus? . . . . .	450	179
c) Verfassungsautonomie der Länder und Homogenitätsprinzip . . . . .	452	180
d) Bundesstaatlichkeit als unantastbares Verfassungsprinzip . . . . .	453	180
e) Vor- und Nachteile des bundesstaatlichen Prinzips . . . . .	455	181
3. Bundesstaatlichkeit und Europäische Union . . . . .	456	182
II. Kooperativer Föderalismus und Bundestreue – die föderalen Rechtsbeziehungen . . . . .	460	183
1. Unitarisierung durch Kooperation – insbesondere: Staatsverträge . . . . .	465	185

2. Bundestreue, bundesfreundliches Verhalten . . . . .	467	186
a) Verfassungssystematischer Standort und grundsätzliche Bedeutung . . . . .	467	186
b) Insbesondere: Kompetenzschränken – Rücksichtnahme, keine Angleichung . . . . .	469	187
c) Insbesondere: Verfahrenspflichten . . . . .	472	188
d) Akzessorischer Charakter der Bundestreue – Anspruchsgrundlage? . . . . .	474	189
III. Verwaltungskompetenzen . . . . .	483	192
1. Der Grundsatz: Regelzuständigkeit der Länder im Verwaltungsbereich . . . . .	486	193
2. Der Normalfall: Landeseigener Vollzug von Bundesgesetzen . . . . .	487	194
3. Regelzuständigkeit der Länder für nicht gesetzesakzessorische Verwaltung . . . . .	489	194
4. Abweichung vom Regelfall: Bundesauftragsverwaltung . . . . .	492	195
5. Bundeseigene Verwaltung . . . . .	495	197
6. Ungeschriebene Bundeskompetenzen auch für die Verwaltung? . . . . .	498	198
7. Unzulässige Mischverwaltung und zulässige Kooperation im Bundesstaat . . . . .	501	198
8. Bundesaufsicht, Bundeszwang, Bundesintervention . . . . .	504	200
9. Exkurs: Der verfassungsrechtliche Auftrag der Bundeswehr . . . . .	508	202
IV. Die Rechtsprechung in der bundesstaatlichen Ordnung . . . . .	513	204
V. Die bundesstaatliche Finanz- und Haushaltsverfassung . . . . .	517	205
1. Überblick . . . . .	521	207
2. Der Ausgangspunkt: Gesonderte Ausgabenträgung (Konnexität), Art. 104a GG . . . . .	522	207
3. Steuerertragshoheit und Finanzausgleich . . . . .	525	208
4. Exkurs: Europäischer Finanzausgleich? . . . . .	532	210
5. Verteilung der Steuergesetzgebung . . . . .	533	211
a) Steuern und sonstige Abgaben: Begriffliche Voraussetzungen . . . . .	533	211
b) Zuständigkeiten . . . . .	536	212
6. Nichtsteuerliche Abgaben . . . . .	539	213
a) Nichtsteuerliche Abgaben und die Begrenzungs- und Schutzfunktion der Finanzverfassung . . . . .	539	213
b) Sonderabgaben . . . . .	543	214
7. Exkurs: Die bundesstaatliche Haushaltsverfassung – Föderalismusreform II . . . . .	546	215
VI. Auswärtige Beziehungen und völkerrechtliche Verträge, Art. 32, 59 GG . . . . .	554	220

1. Völkerrechtliche Verträge: Verbandskompetenz und Organkompetenz, Art. 32 und Art. 59 GG . . . . .	556	220
2. Vertragsschluss- und Transformationsgesetz – das „Lindauer Abkommen“ . . . . .	558	222
<b>§ 6 Staatsziele</b> . . . . .	563	224
I. Das soziale Staatsziel . . . . .	563	224
1. Der soziale Rechtsstaat: Grundlagen . . . . .	565	225
a) Zur Entwicklung des Sozialstaats im Grundgesetz . . . . .	565	225
b) Wesentliche Inhalte: Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit . . . . .	566	226
2. Zur positiven Bindungswirkung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	569	227
a) Sozialstaatsprinzip als Anspruchsgrundlage? Gesetzgebung und Verwaltung als Adressaten . . . . .	569	227
b) Sozialstaatsprinzip als Bestandsgarantie? . . . . .	572	228
c) Sozialstaatsprinzip als Eingriffslegitimation . . . . .	575	229
3. Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Sozialstaat . . . . .	576	230
II. Staatsziel Umweltschutz . . . . .	579	231
1. Inhalt und Bedeutung der Verfassungsnorm . . . . .	581	232
2. Bindungswirkungen . . . . .	584	233
a) Gesetzgeber . . . . .	584	233
b) Exekutive . . . . .	585	234
III. Staatsziel Tierschutz . . . . .	588	236
IV. Die Staatszielbestimmungen der Landesverfassungen . . . . .	589	237

**Zweiter Teil**  
**Staatsorgane**

<b>§ 7 Der Bundestag</b> . . . . .	592	240
I. Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung des Bundestags – Verfassungskonflikte . . . . .	597	242
II. Bildung des Bundestags, Zusammensetzung und Verfahren . . . . .	599	243
1. Verfahrensgrundsätze und Geschäftsordnung . . . . .	600	244
2. Ende der Wahlperiode und Neuwahlen . . . . .	605	246
III. Abgeordneter und Fraktion . . . . .	607	247
1. Der Abgeordnete . . . . .	607	248
a) Überblick: Rechte des Abgeordneten . . . . .	607	248
b) Das freie Mandat: Freiheit in der Ausübung, Repräsentation und Pflichtenstellung des Abgeordneten . . . . .	608	248



c) Freies Mandat und Parteizugehörigkeit des Abgeordneten . . . . .	613	250
d) Parlamentarische Beteiligungsrechte des Abgeordneten: Freies Mandat und parlamentarisches Verfahren . . . . .	616	252
e) Weitere Statusrechte des Abgeordneten . . . . .	620	254
2. Fraktionen . . . . .	625	256
3. Der fraktionslose Abgeordnete . . . . .	630	258
IV. Organspezifische Rechte des Bundestags, insbesondere:		
Untersuchungsausschüsse . . . . .	634	260
1. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses . . . . .	636	261
2. Verfassungsmäßige Bestimmung des Untersuchungs- gegenstands . . . . .	637	261
a) Bezeichnung des Untersuchungsgegenstands und Festlegung . . . . .	637	261
b) Materielle Schranken des Untersuchungsrechts . . . . .	638	262
3. Zum Verfahren im Untersuchungsausschuss – Beweiserhebungsrechte . . . . .	644	264
4. Exkurs: Landesverfassungsrecht . . . . .	648	266
5. Weitere Informationspflichten der Exekutive – Informationsansprüche des Parlaments . . . . .	649	267
<b>§ 8 Der Bundesrat . . . . .</b>	<b>654</b>	<b>273</b>
I. Rechtsstellung, Bedeutung und Zusammensetzung des Bundesrats . . . . .	658	274
1. Zur Funktion des Bundesrats in der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes: Teilhabe der Länder an der Staatsgewalt im Bund . . . . .	658	274
2. Zusammensetzung und Verfahren des Bundesrats . . . . .	659	274
II. Aufgaben und Befugnisse . . . . .	662	276
1. Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes . . . . .	662	276
a) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze . . . . .	662	276
b) Reichweite der Zustimmungspflicht – Änderung des Zustimmungsgesetzes . . . . .	667	277
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes . . . . .	671	279
3. Bundesrat und Europa – Art. 23 GG . . . . .	672	279
a) EU und innerstaatliche Kompetenzverteilung . . . . .	672	279
b) Mitwirkung des Bundesrats in EU-Angelegenheiten: Art. 23 Abs. 4 und 5 GG . . . . .	673	280
c) Verhandlungsführer der Länder, Art. 23 Abs. 6 GG . . . . .	676	281
d) Prozessuale Konsequenzen . . . . .	677	281
III. Garantie der Mitwirkungsrechte – Bundesrat und „Ewigkeitsgarantie“ . . . . .	679	282

<b>§ 9 Die Bundesregierung</b>	684	285
I. Die Bundesregierung als Verfassungsorgan:		
Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung	688	286
II. Bildung und Amtsdauer der Bundesregierung	692	288
1. Bildung der Bundesregierung	693	288
2. Amtsdauer der Bundesregierung, Misstrauensvotum	696	290
3. Die Vertrauensfrage	698	290
III. Interne Organisation und Aufgabenverteilung	704	294
1. Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip – zur Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung	704	294
a) Systematik des Art. 65 GG	704	294
b) Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers	705	294
c) Ressortkompetenzen, Kollegialprinzip	708	296
2. Das Beschlussverfahren der Bundesregierung	713	298
IV. Einzelne Kompetenzen der Bundesregierung	715	299
<b>§ 10 Der Bundespräsident</b>	720	301
I. Rechtsstellung und Bedeutung	720	301
1. Stellung im Grundgesetz	721	302
2. Zur Gegenzeichnungspflicht	724	302
II. Kompetenzen des Bundespräsidenten, insbesondere das Prüfungsrecht	730	304
1. Ausfertigung von Gesetzen und Prüfungskompetenz	730	304
2. Vertretung der Bundesrepublik nach außen	737	307
3. Weitere Befugnisse	740	308
4. „Politische“ Befugnisse des Bundespräsidenten?	742	308
<b>Anhang zu §§ 7–10: Staatsorgane der Länder</b>	746	311

### Dritter Teil

### Der Schutz der Verfassung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit

<b>§ 11 Das Bundesverfassungsgericht</b>	753	315
I. Das Bundesverfassungsgericht: Bedeutung und verfassungsrechtliche Stellung	753	315
II. Einzelne verfassungsgerichtliche Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	759	317
1. Organstreitverfahren, Art. 93 Abs. 1 Nr 1 GG; §§ 13 Nr 5, 63 ff BVerfGG	760	317
2. Bund-Länder-Streit, Art. 93 Abs. 1 Nr 3 GG; §§ 13 Nr 7, 68 ff BVerfGG	767	321
3. Sonstige föderale Streitigkeiten, Art. 93 Abs. 1 Nr 4 GG; §§ 13 Nr 8, 71, 72 BVerfGG	772	323

4. Die abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr 2 GG; §§ 13 Nr 6, 76 ff BVerfGG . . . . .	774	323
5. Die abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr 2a GG; §§ 13 Nr 6a, 76 ff BVerfGG . . . . .	781	326
6. Feststellung der Ersetzbarkeit von Bundesrecht, Art. 93 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr 6b, 97 BVerfGG . . . . .	783	326
7. Die konkrete Normenkontrolle (Richtervorlage), Art. 100 Abs. 1 GG; §§ 13 Nr 11, 80 ff BVerfGG . . . . .	784	327
8. Verfassungsbeschwerden . . . . .	791	330
9. Weitere Verfahren . . . . .	795	331
III. Allgemeine Fragen des Verfahrens und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	801	333
1. Besonderheiten der Normprüfungsverfahren . . . . .	801	334
a) Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	802	334
b) Zurückhaltung gegenüber dem Gesetzgeber . . . . .	803	334
c) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Nichtigerklärung oder Feststellung der Verfassungswidrigkeit . . . . .	804	334
2. Einstweilige Anordnungen des Bundesverfassungs- gerichts . . . . .	810	337
<b>Anhang: Hinweise zu Zulässigkeitsfragen der Ausgangsfälle . . .</b>	<b>814</b>	<b>339</b>
<b>§ 12 Landesverfassungsgerichtsbarkeit . . . . .</b>	<b>846</b>	<b>351</b>
I. Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern: die wichtigsten Verfahrensarten . . . . .	846	351
II. Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit im Verhältnis zueinander . . . . .	865	359
1. Der Grundsatz: Selbstständiges Nebeneinander . . . . .	865	359
2. Insbesondere: Landesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung von Landesgrundrechten in Anwendung von Bundesrecht . . . . .	869	361
<b>Anhang: Schematische Übersicht zum Gesetzgebungsverfahren .</b>		<b>363</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>		<b>367</b>